

LANDESRICHTERRAT
DES FREISTAATES SACHSEN

- Der Vorsitzende -

RiAGstvDir Peter Stange

Auerbach/ Vogtland

Parkstrasse 01
08209 Auerbach

Telefon: 03744/ 839 -154

Telefax: - 152

Peter.Stange@agae.justiz.sachsen.de

Herrn

Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen

Stanislaw Tillich

über

den Staatsminister der Justiz und für Europa

Herrn Dr. Martens

Hospitalstrasse 7

01097 Dresden

Auerbach, 22.12.2009

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

als gewähltes Vertretungsorgan der sächsischen Richterschaft möchten wir uns für die guten Wünsche für die Weihnachtszeit und das kommende Jahr bedanken. Gleichwohl können wir Ihren Weihnachtsbrief nicht unkommentiert lassen.

Es sind zwei Dinge, die aus unserer Sicht mit den Grundsätzen eines Rechtsstaats nicht vereinbar sind:

Das ist zum Einen die Tatsache, dass der Weihnachtsbrief an die „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sächsischen Landesverwaltung“ gerichtet, aber auch an alle Richterinnen und Richter versandt wurde. Dies zeugt von einem grundlegenden Missverständnis der Gewaltenteilung. Richterinnen und Richter gehören nicht der Landesverwaltung an und das, wie auch Sie bestätigen werden, aus gutem Grund. Die verfassungsrechtlich gewährleistete Unabhängigkeit der Justiz als eine der drei Staatsgewalten ist für einen Rechtsstaat von elementarer Bedeutung. Dass Sie diese Trennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative in Ihrem Weihnachtsbrief nicht beachtet haben, mag auf Gedankenlosigkeit beruhen und der Hektik des Alltags geschuldet sein; es könnte aber auch als Indiz dafür gesehen werden, dass auch 20 Jahre nach der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung die Bedeutung rechtsstaatlicher Grundprinzipien noch nicht immer ausreichend wahrgenommen wird.

Für Letzteres spricht auch der zweite Punkt, den wir kritisieren müssen: Sie schreiben: „Wir haben die Wahlen auch deshalb gewonnen, weil Sie in der Verwaltung unsere politischen Ideen umsetzen und die Menschen spüren, dass ihr Heimatland gut geführt und verwaltet wird. Ich danke Ihnen ganz persönlich für Ihren Anteil am erfolgreichen Wahljahr 2009.“

Abgesehen davon, dass der Ausgang einer Wahl in einer Demokratie naturgemäß unterschiedlich bewertet wird und werden muss, zeugt Ihre Äußerung von einer vollständigen Vermengung parteipolitischen Handelns und parteipolitischer Interessen einerseits und dem Recht und Gesetz unterstellten Verwaltungshandeln andererseits. Weder die Exekutive noch - und schon gar nicht - die Judikative sind dazu da, einer bestimmten Partei zum Wahlsieg zu verhelfen. Der Eindruck, den eine solche Formulierung in der Öffentlichkeit erwecken muss, ist verheerend.

Politisch beeinflusste Entscheidungen der Verwaltung und der Justiz gab es in Deutschland wahrlich lange genug! Dabei verkennen wir nicht, dass die Politik Vorgaben macht, insbesondere durch den Erlass von Gesetzen. Dass aber deswegen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung und auch noch den Richterinnen und Richtern ein Anteil an der Wahl einer einzelnen Partei zugesprochen wird, ist inakzeptabel.

Da es bereits zahlreiche Reaktionen und Anfragen aus der Richterschaft an den Landesrichterrat gegeben hat, werden wir allen sächsischen Richterinnen und Richtern eine Abschrift dieses Briefes zukommen lassen.

Dennoch wünschen wir Ihnen und Ihrer Familie ein besinnliches Weihnachtsfest und für das kommende Jahr vor allem Gesundheit.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Stange

Vorsitzender des Landesrichterrates